

# EXTREMISMUS



**Extremismus** (*Substantiv, maskulin*): Das politische oder religiöse Streben nach einer neuen Gesellschaft. Extremisten lehnen den demokratischen Verfassungsstaat ab. Mit Schriften, Protesten und Veranstaltungen setzen sie sich für ihre Ziele ein. Und wenden manchmal auch Gewalt an.

Carlsen-Newsletter: Tolle Lesetipps kostenlos per E-Mail!  
Unsere Bücher gibt es überall im Buchhandel und auf carlsen.de.

Alle Rechte vorbehalten.

Sämtliche Inhalte dieses E-Books sind urheberrechtlich geschützt. Der Käufer erwirbt lediglich eine Lizenz für den persönlichen Gebrauch auf eigenen Endgeräten.

Urheberrechtsverstöße schaden den Autoren und ihren Werken. Die Weiterverbreitung, Vervielfältigung oder öffentliche Wiedergabe ist ausdrücklich untersagt und kann zivil- und/oder strafrechtliche Folgen haben.

In diesem E-Book befinden sich eventuell Verlinkungen zu Webseiten Dritter. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass sich die Carlsen Verlag GmbH die Inhalte Dritter nicht zu eigen macht, für die Inhalte nicht verantwortlich ist und keine Haftung übernimmt.

Weitere »Carlsen Klartext«-Bände:

*Fake News*

*Populismus*

*Anmerkung: Zur Vereinfachung und besseren Lesbarkeit wird im Folgenden auf gendergerechte Sprache verzichtet. Wenn von Politikern, Lesern, Wählern usw. die Rede ist, sind selbstverständlich Politiker\*innen, Leser\*innen, Wähler\*innen usw. gemeint.*

Originalausgabe

Veröffentlicht im Carlsen Verlag

März 2018

Copyright © 2018 Carlsen Verlag GmbH, Hamburg

Faktencheck: Kathrin Lilienthal, Recherchehaus

Umschlagabbildungen: shutterstock.com: © zuper\_electracat / © Afanasia / ©

Astarina

Umschlaggestaltung: formlabor

Herstellung: Frederik Rettberg

Satz und E-Book-Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde

ISBN 978-3-646-92821-1

# Einleitung

Ist das Leben in Deutschland so perfekt, dass wir nichts mehr daran ändern müssen? Oder gibt es in unserer Gesellschaft so viele Probleme, dass wir im Gegenteil radikale Veränderungen brauchen? Die Meinungen der meisten Deutschen werden sich zwischen diesen beiden extremen Aussagen sammeln. Aber nicht die aller Deutschen.

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Die Menschen hier sind heute so glücklich wie selten zuvor, im Durchschnitt kann jeder Deutsche rund 20000 Euro im Jahr für sich selbst ausgeben, vor Krieg, Hunger und Seuchen muss sich bei uns niemand fürchten. Während in vielen Ländern – von Afghanistan bis zur Zentralafrikanischen Republik – unzählige Kinder nur wenige Jahre, viele Mädchen überhaupt nicht lernen dürfen, gehen Jungen und Mädchen in Deutschland mindestens neun Jahre lang zur Schule. Anders als in den USA gibt es in Deutschland zahlreiche Möglichkeiten der Unterstützung durch den Staat, zum Beispiel einen Zuschuss zur Miete, wenn jemand nur sehr wenig verdient. Und anders als in mancher chinesischen Großstadt können Bewohner deutscher

Großstädte den Himmel sehen und ohne Atemschutz Luft holen.

Eigentlich geht es uns in Deutschland also richtig gut.  
Oder?

Wenn man genauer hinschaut, gibt es aber auch im reichen Deutschland ernste gesellschaftliche Probleme: Mehr als zwei Millionen Mädchen und Jungen leben in Armut und können sich einen Besuch im Kino oder das Brötchen am Schulkiosk nicht leisten. Hunderttausende Menschen finden keine Wohnung, die sie von ihrem Einkommen bezahlen können. Jeder sechste Rentner ist arm, obwohl er sein Leben lang Rentenbeiträge gezahlt hat. Giftige Autoabgase verpesten die Luft in Großstädten. Unser Wirtschaftssystem ist auf ständiges Wachstum und auf Profit ausgerichtet, auch wenn man dafür Menschen ausbeutet, Tiere quält und die Umwelt zerstört. Unzählige Menschen fühlen sich einsam und isoliert, kennen nicht einmal ihre direkten Nachbarn. Und dann müssen wir uns noch mit einer komplizierten Bürokratie herumärgern, die zwar Korruption erschwert und Gleichbehandlung aller Bürger sicherstellen soll, aber dafür fast jeden Lebensbereich bis ins Detail reguliert, von der Staatsangehörigkeit von Pferden bis zur Temperatur in Büroiletten.

Es gibt also auch in Deutschland noch einiges zu tun. Um das Leben im Land zu verbessern, kann man in die Politik gehen und sich für Wahlen aufstellen lassen, Unterschriften

für einzelne Anliegen sammeln und an Demonstrationen teilnehmen, sich ehrenamtlich engagieren oder für die einsame Rentnerin nebenan einkaufen gehen. Kurz: Man kann sich innerhalb der politischen und gesellschaftlichen Regeln in unserem Land für Veränderung einsetzen.

Es gibt aber auch Menschen, die das Land umformen wollen, ohne sich an diese Regeln zu halten. Sie wollen, dass sich Deutschland radikal verändert, und verfolgen das Ziel, die bestehende Gesellschaft an ihre persönlichen Vorstellungen einer perfekten Gesellschaft anzupassen. Sie wollen die Demokratie abschaffen, die Gewaltenteilung aushebeln und die Grundrechte einschränken. Sie kämpfen für eine völlig andere Gesellschaftsordnung, als sie zur Zeit in Deutschland besteht – oft mit Gewalt. Politiker, Gesellschaftswissenschaftler und auch Laien sprechen von Extremisten.

Um Extremismus geht es in diesem Buch. Es wird erklären: Was ist Extremismus eigentlich? Wer ist ein Extremist? Woran erkennt man extremistische Einstellungen? Wie geht man gegen Extremismus vor? Und was hat das alles mit jedem einzelnen Menschen in Deutschland zu tun?

Um zu verstehen, was Extremismus so gefährlich macht, müssen zunächst ein paar Dinge geklärt werden, die vielleicht langweilig klingen. Das sind sie aber nicht. Von ihnen hängt nämlich nicht weniger ab als das Leben, wie wir es in Deutschland kennen.

KAPITEL EINS

# Die Grundlagen

## Die freiheitlich-demokratische Grundordnung und der demokratische Verfassungsstaat

Das Wort Demokratie kommt aus dem Griechischen, von *demos* – Volk und *kratos* – Gewalt/Herrschaft/Macht, und beschreibt schon genau, was es bedeutet: Eine Staatsform, bei der das Volk herrscht.<sup>1</sup> Eine Demokratie im Sinne des Wortes würde also bedeuten, dass jede Bürgerin und jeder Bürger bei jeder politischen Entscheidung mitbestimmen darf. Dann müssten aber alle Wahlberechtigten fast jeden Tag zur Urne gehen und ihre Stimme abgeben. Das ist natürlich viel zu aufwendig. Außerdem hat niemand all das Wissen, das man braucht, um gute politische Entscheidungen in so unterschiedlichen Bereichen wie Verteidigungs-, Familien- oder Wirtschaftspolitik zu treffen. Deswegen wählen alle Bürger einer Demokratie regelmäßig Stellvertreter, die sie im Parlament repräsentieren (repräsentative Demokratie). Diese

Stellvertreter haben die Aufgabe, anstelle der Wähler politische Entscheidungen zu treffen. Dabei sind sie nur ihrem Gewissen verpflichtet und nicht direkt den Wählern gegenüber verantwortlich (freies Mandat). Abgeordnete sollten im besten Fall in der Lage sein, sich in die unterschiedlichen Themen einzuarbeiten beziehungsweise sich Fachleute oder Informationen zu besorgen, um auf dieser Grundlage verantwortungsbewusste und vorausschauende politische Entscheidungen treffen zu können.

Da natürlich auch Diktatoren behaupten können, ihr Land sei eine Demokratie, ist meist von »freiheitlich-demokratischer Grundordnung« oder einem demokratischen Verfassungsstaat die Rede, wenn eine Demokratie wie in Deutschland und anderen europäischen Ländern gemeint ist. Dazu gehören bestimmte Grundwerte, die nicht verändert werden dürfen:

- Jeder Mensch ist vor dem Gesetz gleich.
- Die Gesetzgebung hält sich an die Menschenrechte, vor allem an das Recht auf Leben und freie Entfaltung.
- Die Regierung und die öffentliche Verwaltung müssen sich an die geltenden Gesetze halten.<sup>2</sup>
- Alle volljährigen Bürger dürfen ihre Regierung regelmäßig, frei, gleich, unmittelbar und geheim wählen, sie dürfen also selbst bestimmen, wer sie regiert (Volkssouveränität).

- Bei allen Wahlen müssen die Bürger die Möglichkeit
- haben, sich zwischen mehreren Parteien mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu entscheiden (Mehrparteienprinzip).
  - Die Partei oder die Parteien, die zusammen die Mehrheit der Stimmen gewonnen haben, dürfen nur für eine bestimmte Zeit an der Regierung bleiben, danach wird neu gewählt.
  - Die Parteien, die nicht an der Regierung sind, ziehen trotzdem mit ins Parlament ein und sitzen dann in der Opposition. In Deutschland gilt das aber nur für jene Parteien, die mindestens fünf Prozent der Wählerstimmen erhalten haben (Fünf-Prozent-Hürde).
  - Es herrscht Gewaltenteilung. Das bedeutet, dass die Macht auf verschiedene Institutionen verteilt ist, die unabhängig voneinander handeln und sich gegenseitig kontrollieren sollen: Das Parlament beschließt Gesetze (Legislative), die Regierung sowie die öffentliche Verwaltung setzen die Gesetze um (Exekutive) und die Gerichte sprechen nach Maßgabe der Gesetze Recht, unabhängig von politischen, wirtschaftlichen oder persönlichen Interessen (Judikative). Das Bundesverfassungsgericht kann Gesetze, die gegen das Grundgesetz verstoßen, ablehnen. Und auch der Bundespräsident als »erster Mann im Staat« (bislang hatte noch keine Frau dieses Amt inne) hat das Recht, Gesetze zu prüfen, bevor er sie unterschreibt.

- Es herrschen Presse- und Meinungsfreiheit. Jeder Mensch kann also – mit wenigen Ausnahmen – sagen, was er denkt, ohne dafür bestraft zu werden (eine Ausnahme ist etwa die Leugnung der Schoah<sup>3</sup>). Und die Medien dürfen veröffentlichen, was ihnen wichtig erscheint – sie sollen sogar mit ihrer Berichterstattung die Arbeit der Regierung kontrollieren und Missstände aufdecken. Deshalb nennt man sie auch »die vierte Gewalt«.

Aufgabe eines demokratischen Verfassungsstaates ist es, die Rechte, die Würde und die Freiheit aller Menschen auf seinem Staatsgebiet zu bewahren (und darüber hinaus seine Staatsbürger auch im Ausland zu schützen) – das gilt auch für die Menschen, die diesen Staat bekämpfen. Der demokratische Verfassungsstaat zieht seine Legitimität aus der Überzeugung, dass nur in diesem staatlichen System die Würde des Menschen und seine Grundrechte geschützt werden können.

## **Der Rechts- und Sozialstaat**

Oft wird Deutschland auch als Rechts- und Sozialstaat bezeichnet. In einem Rechtsstaat müssen sich Regierung und Verwaltung an die Gesetze halten, außerdem müssen ihre Entscheidungen von Gerichten geprüft werden können. Die Kanzlerin kann also beispielsweise Politiker aus der Opposition nicht einfach verhaften lassen, weil sie ihr im

Parlament zu oft widersprechen. Eine Beamtin im Jobcenter darf einem Arbeitslosen nicht das Arbeitslosengeld kürzen, weil sie ihn unsympathisch findet. Und natürlich darf die Polizei niemanden wegen kleiner Vergehen, etwa falschem Parken, festnehmen. Denn in einem Rechtsstaat besitzen alle Bürgerinnen und Bürger Grundrechte<sup>4</sup>, die oft zugleich auch Menschenrechte sind und damit für alle Menschen gelten, nicht nur für die Bürger dieses Rechtsstaats. Dazu gehören etwa das Recht darauf, dass der Staat die körperliche und seelische Gesundheit sowie das Eigentum seiner Bürger schützt, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, die Versammlungsfreiheit, die freie Berufswahl (Berufsfreiheit), die Freiheit, denken und sagen zu können, was man will (Meinungsfreiheit), und die Freiheit, im Staatsgebiet überall hin reisen zu dürfen (Recht auf Freizügigkeit).<sup>5</sup> Außerdem herrscht in einem Rechtsstaat sogenannte Rechtssicherheit. Das bedeutet, dass jeder weiß (oder sich zumindest darüber informieren kann), was gesetzlich erlaubt und was verboten ist, und dass er oder sie sich darauf verlassen kann, dass diese Gesetze auch gelten.

In einem Sozialstaat kümmert sich der Staat um die soziale Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger. Das bedeutet unter anderem: Alle Menschen in Deutschland müssen krankenversichert sein. Wer arbeitslos oder pflegebedürftig ist, kann beim Staat finanzielle Unterstützung beantragen. Familien erhalten Eltern- und Kindergeld. Schüler, Auszubildende und Studierende können ebenfalls Geld vom

Staat bekommen. Angestellte können nicht grundlos von heute auf morgen entlassen werden, Arbeitnehmer dürfen an ihrem Arbeitsplatz nicht unnötig gefährdet oder belastet werden. Die Ausbildung an Schulen und Universitäten ist kostenlos, wer wenig Einkommen hat, zahlt prozentual auch weniger Steuern als Menschen mit hohem Einkommen. Das sind nur einige Beispiele dafür, wie der deutsche Sozialstaat die soziale Sicherheit der Einwohner zu schützen versucht.<sup>6</sup>

Das Grundgesetz wiederum schützt diese freiheitlich-demokratische Grundordnung, also den Rechts- und Sozialstaat Deutschland.

## **Das Grundgesetz**

Seit dem 3. Oktober 1990 ist das Grundgesetz die Verfassung der gesamten Bundesrepublik Deutschland und steht über allen anderen Gesetzen.

Nachdem Deutschland 1945 den Zweiten Weltkrieg verloren hatte, musste das gesamte politische System neu geordnet werden. Den Besatzungsmächten Großbritannien, Frankreich, der Sowjetunion und den USA, aber auch vielen Deutschen, war wichtig sicherzustellen, dass sich so etwas wie die Herrschaft der Nationalsozialisten nie wiederholen kann. Vier Jahre nach Kriegsende wurde in Westdeutschland das deutsche Grundgesetz verabschiedet.<sup>7</sup> Es soll gewährleisten, dass Deutschland eine Demokratie bleibt, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung

geschützt und die Menschenrechte gewahrt werden (mehr dazu im Kapitel sechs – Streitbare Demokratie).

Ob die Rechte, die Würde und die Freiheit aller Menschen in einem demokratischen Verfassungsstaat ausreichend geschützt werden, da sind sich Extremisten und Menschen mit gemäßigeren Einstellungen uneinig. Extremisten glauben, dass es auch andere Möglichkeiten gesellschaftlicher Organisation gibt, und lehnen neben dem demokratischen Verfassungsstaat oft auch die Menschenrechte ab.

## KAPITEL ZWEI

# Was ist Extremismus?

### **So wird »Extremismus« definiert**

Was also ist Extremismus? Wenn man sich die politischen Einstellungen aller Menschen in Deutschland als Punkte auf einer Linie vorstellt, mit den gemäßigten Einstellungen in der Mitte und den extremen Ansichten an den Rändern, sammeln sich die meisten Punkte links und rechts von der Mitte. Zu den Rändern hin werden die Punkte weniger, das heißt es gibt weniger Menschen, die extrem linke oder extrem rechte Meinungen vertreten. Dass politische Ansichten als *links* beziehungsweise *rechts* bezeichnet werden, stammt aus der französischen Nationalversammlung nach der Französischen Revolution. Dort saßen links die Parteien, die politisch-gesellschaftliche Veränderungen anstrebten, und rechts die Parteien, die die Gesellschaft so lassen wollten, wie sie war (diese Parteien werden auch als konservativ bezeichnet, von lateinisch *conservare* – bewahren). Als »linke Werte« gelten zum Beispiel soziale und politische Gleichheit, Solidarität mit Schwächeren, Offenheit für andere Kulturen und Religionen.

Als »rechte Werte« gelten die persönliche Freiheit, Eigenverantwortung oder die Betonung der eigenen Kultur.<sup>1</sup>

Am äußersten Rand des politischen Spektrums werden jene politischen Einstellungen angesiedelt, die sehr links sind (zum Beispiel: Niemand darf mehr besitzen als ein anderer) oder sehr rechts (zum Beispiel: In Deutschland dürfen nur Deutsche ohne Migrationshintergrund leben). Daher kommt auch der Begriff »Extremismus«, nämlich von den lateinischen Begriffen *extremitas* (der äußerste Punkt) und *extremus* (das Äußerste/Entfernteste/Gefährlichste).<sup>2</sup>

Extremismus meint also alle Einstellungen am äußersten politischen Rand. Am häufigsten verstehen Wissenschaftler darunter solche Einstellungen oder Handlungen, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat, den Rechtsstaat und das Grundgesetz richten. Diese Beschreibung nennt sich Negativdefinition, weil sie erklärt, *wogegen* Extremisten sind. Das wird unter Extremismusexperten gelegentlich kritisiert. Eine ergänzende Definition formuliert der Extremismusforscher Tom Mannewitz von der Universität Chemnitz: »Extremismus meint Bestrebungen innerhalb einer Demokratie, die auf eine Autokratie oder eine Diktatur aus sind.«

Rechtsextremisten fordern zum Beispiel einen Staat, der sich ausschließlich um die Bürger der eigenen Ethnie kümmert, weil sie glauben, dass Menschen anderer Ethnien

weniger intelligent, weniger fleißig, dafür aber krimineller sind oder schlicht nicht das Recht haben, von einem Staat versorgt zu werden, zu dem sie und ihre Vorfahren nicht schon immer gehört haben.

Linksextremisten fordern zum Beispiel einen Staat, in dem alle Produktionsmittel (Fabriken, Rohstoffe, Maschinen) allen Bürgern gehören, weil sie glauben, dass zu viele Menschen ausgebeutet werden, wenn nur eine kleine Gruppe von Bürgern alle Produktionsmittel besitzt.

Religiöse Extremisten, allen voran Islamisten, streben eine Gesellschaft an, in der alle Menschen den jeweiligen religiösen Vorschriften gehorchen, weil sie sich selbst als Verteidiger der göttlichen Gebote sehen oder weil sie glauben, dass Gott sie sonst irgendwann strafen wird.

Manche extremistischen Ansichten verstärken sich gegenseitig. Ausländerfeindliche Reden etwa spielen Islamisten in die Hände. Und die linke Tendenz, Integrationsprobleme bestimmter Migrantengruppen zu ignorieren, bestärkt rechtsextremistisches Gedankengut.

Oft ist auch von »Radikalismus« die Rede, wenn »Extremismus« gemeint ist. Wissenschaftler debattieren noch darüber, wie sich der Unterschied zwischen diesen beiden Begriffen genau definieren lässt.<sup>3</sup> Sicher ist auf jeden Fall, dass Menschen, die von anderen als Extremisten bezeichnet werden, sich selbst nicht (oder nur selten) so nennen würden. Sie bezeichnen sich lieber als Radikale, das gilt vor allem für Linksextremisten und religiöse

Extremisten. Sie wollen die Gesellschaft von der Wurzel an (radikal kommt von lat. *radix* = Wurzel), also ganz grundlegend, verändern. So kann zum Beispiel eine Gemeinschaft aus mehreren Menschen, die abgeschieden auf einem Bauernhof lebt, alles Essen und alle Kleidung selbst produziert und ihre Kinder nicht zur Schule schickt, als radikal bezeichnet werden. Oder auch ein Veganer, der gleiche Rechte für Menschen und Tiere fordert und sein Gemüse in keiner Pfanne braten will, in der schon einmal Fleisch gelegen hat. Radikale versuchen also nicht zwangsläufig, den demokratischen Verfassungsstaat zu untergraben. Sie suchen sich oft einfach eine Nische in der Gesellschaft, in der sie radikal anders leben können. Manche von ihnen wenden Gewalt an, manche nicht. Die meisten aber akzeptieren andere Lebensweisen und die gesellschaftliche Ordnung innerhalb der Demokratie.

»Radikalismus kann mit Demokratie durchaus vereinbar sein«, erklärt Politikwissenschaftler Mannewitz,

»Extremisten dagegen bekämpfen die Demokratie. Da steckt auch eine gewisse Radikalität drin, zugleich aber eine Gefährdung von Freiheit, Gleichheit und Menschenrechten. Nicht jeder Radikale ist extremistisch, aber jeder Extremist ist radikal.«

Oft werden auch die Begriffe »extremistisch« und »extrem« synonym verwendet. Dabei gibt es Unterschiede: Extrem ist etwas, was für die meisten Menschen nicht normal ist. Eine extreme Erfahrung bringt uns an die

Grenzen des Erträglichen. Das kann ein schlimmes Erlebnis sein, wie ein Autounfall oder eine Krankheit, aber auch ein Erlebnis voller Nervenkitzel, wie ein Looping in einem Segelflieger oder der erste Tauchgang in 30 Metern Tiefe. Ein extremes Verhalten ist demnach ein Verhalten, das die meisten Menschen in einer Gruppe oder Gesellschaft nicht zeigen, das sie also nicht als normal empfinden. Eine extreme Einstellung haben zum Beispiel Menschen, die vor Krankenhäusern gegen Abtreibungen demonstrieren und betroffene Frauen oder Ärztinnen und Ärzte anfeinden oder sie gar mit Gewalt von der Klinik fernzuhalten versuchen. Oder auch Eltern, die ihre Kinder nicht impfen lassen, weil sie den Impfstoffen der Pharmaindustrie nicht vertrauen. Extremistisch sind diese Einstellungen aber nicht, denn Abtreibungs- oder Impfgegner und die meisten anderen Menschen mit extremen Einstellungen fordern keine Abschaffung des demokratischen Verfassungsstaats.

Die Wahrnehmung darüber, was normal ist und was nicht, ändert sich ohnehin im Laufe der Geschichte. Dass sich zwei Männer auf der Straße küssen oder ein Kind zwei Mütter (oder zwei Väter) statt Mutter und Vater hat, war lange Zeit nicht normal, inzwischen wundern sich die meisten Menschen nicht mehr darüber. Die Forderung, dass Frauen wählen gehen oder Kinder nicht geschlagen werden dürfen, galt ebenfalls lange Zeit als extrem und radikal.

## **Definitionskritik**

Nun ist also klar, was in diesem Buch mit dem Begriff »Extremismus« gemeint ist. Doch Experten sind sich bei solchen Themen, die für Politik und Gesellschaft besonders wichtig sind, oft uneinig: So ist diese Definition von Extremismus, die vor allem auch vom Verfassungsschutz verwendet wird, unter Wissenschaftlern umstritten. Denn sie setzt die Existenz eines Verfassungsstaats voraus, gegen den sich der Extremismus richten kann. Und sie bezieht sich auf so unterschiedliche Phänomene wie Führerkult und die Ablehnung jeglicher Herrschaft (dazu später mehr). Dennoch ist es die Definition, die in der Politik- und Sozialwissenschaft am häufigsten vorkommt.

Doch nicht nur unter Extremismusforschern gibt es Streit darüber, wie man Extremismus genau definiert. Während Rechtsextremisten diese Bezeichnung eher als Auszeichnung verstehen, wehren sich extreme Linke meist dagegen. Sie möchten lieber »linksradikal« genannt werden. Denn durch die Bezeichnung »Extremisten« fühlen sie sich mit Rechtsextremisten und Islamisten auf eine Stufe gestellt. Dabei ist es wichtig, zu betonen: Wenn Menschen mit extrem linker oder extrem rechter Einstellung, die beide den demokratischen Verfassungsstaat ablehnen, als Extremisten bezeichnet werden, soll das keine Wertung und auch keine Gleichstellung sein. Ein radikaler Linker, der eine Gesellschaft ohne Reiche und Mächtige fordert, erscheint wahrscheinlich sympathischer als ein radikaler Rechter, der eine Gesellschaft mit einem starken Führer und gehorsamen

Untertanen propagiert. Beide gelten aber in der politischen und wissenschaftlichen Debatte als Extremisten.

Und so unterschiedlich die Ziele und Einstellungen der extremistischen Strömungen auch sind, vieles haben sie bei aller Abgrenzung voneinander doch gemeinsam.

## **Das haben extremistische Strömungen gemeinsam**

Sie alle lehnen den demokratischen Verfassungsstaat ab und streben eine Gesellschaft an, die auf völlig anderen Grundwerten aufbaut. Sie wollen sich den gültigen Gesetzen in Deutschland nicht unterordnen und wehren sich gegen die Macht der Regierung. Stattdessen wollen sie lieber selbst Kontrolle über sich und andere ausüben und die gegenwärtige Gesellschaft auf einen – ihrer Meinung nach – besseren Weg führen. Jede extremistische Strömung hält ihre Ideologie für den einzig richtigen Weg. Deshalb wollen sie andere Menschen von ihrer Weltanschauung überzeugen oder ihnen ihre Ideologie gar aufzwingen.

Extremisten sind außerdem überzeugt davon, dass eine weitgehend homogene Gesellschaft möglich ist, also eine Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Einstellungen haben und die gleichen Ziele verfolgen.

Extremistische Gruppen vermitteln ein sehr starkes Wir-Gefühl. Wer dazugehören will, muss sich zwar unbedingt anpassen, kann dann aber auch Unterstützung, Schutz und Gemeinschaft erwarten. Der Eintritt in die Gruppe läuft meist ähnlich ab. Durch Aktionen wie Grillabende, Konzerte oder Diskussionsrunden schaffen Extremisten ein starkes Gemeinschaftsgefühl. Das zieht vor allem junge Menschen an, deren Leben gerade im Umbruch ist. Wenn die Neulinge dann gern und regelmäßig an diesen Aktionen teilnehmen, wird ihnen die Gruppe nach und nach immer wichtiger, sie verbringen immer mehr Zeit mit ihren neuen Freunden, entfremden sich langsam von Andersdenkenden<sup>4</sup> und bemerken oft gar nicht, wie sie sich allmählich extremistische Ansichten zu eigen machen. Diese Ansichten sind meist Teil einer zweidimensionalen Weltsicht: Extremisten unterteilen die Welt in die »Guten« (sie selber) und die »Bösen« (die anderen). Wer in das homogene Menschenbild einer extremistischen Gruppe passt, gehört zu den »Guten« (das können für die einen dann zum Beispiel Deutsche *ohne* Migrationshintergrund sein, für die anderen strenggläubige Muslime), alle anderen gehören zu den »Bösen« (das sind zum Beispiel Migranten in Deutschland oder aber liberale Muslime oder auch Aussteiger aus der eigenen Gruppe). Diese »Bösen« müssen aus Sicht der jeweiligen Gruppe bekämpft werden.

Extremisten treten oft kompromisslos oder sogar militant auf und so sieht auch ihr Bild in der Öffentlichkeit aus.